

Endstation Lohnsklaverei

Arbeitsmigranten treten gefährlichen Weg vom Horn von Afrika Richtung Golfstaaten an. Dort erwartet sie krasseste Ausbeutung unter lebensgefährlichen Bedingungen

Von Tim Krüger

Während die Migration über das Mittelmeer im Fokus der Politik der Europäischen Union sowie der Öffentlichkeit steht, findet die sogenannte östliche Migrationsroute vom Horn von Afrika in Richtung der Golfstaaten verschwindend geringe Beachtung. Jedes Jahr machen sich Hunderttausende Menschen aus Ostafrika auf den Weg und nehmen die beschwerliche Route über das Rote Meer zur Arabischen Halbinsel auf sich. Nicht nur die eskalierenden Konflikte in der Region, sondern vor allem der Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven und die bittere Armut in den Herkunftsländern haben laut der Internationalen Organisation für Migration der Vereinten Nationen (IOM) allein im Jahr 2025 mehr als 500.000 Menschen dazu getrieben, ihre Heimat in Ostafrika zu verlassen und sich auf eine ungewisse sowie gefährliche Reise zu begeben. Mit 97 Prozent am Gesamtanteil stammen die allermeisten der Migranten aus Äthiopien. Der kleinere Anteil stammt laut IOM mit drei Prozent aus Somalia.

Anders als auf der Mittelmeer- oder der Atlantikroute ist das Ziel nicht Europa, sondern zumeist Saudi-Arabien und auch die anderen Golfmonarchien. Dabei ist die Arbeitsmigration auf die Arabische Halbinsel kein neuer Trend, sondern hält seit Jahren ungebrochen an. Bereits 2022 schätzte die IOM die Anzahl der in Saudi-Arabien lebenden Äthiopier auf mindestens 750.000, über 450.000 ohne legalen Aufenthaltsstatus. Wie hoch die tatsächlichen Zahlen heute sind, vermag niemand genau zu sagen. Die schnelle Fluktuation und der Mangel an zentralen Erhebungen machen eine genaue Feststellung nahezu unmöglich. Doch so wie die besser beleuchteten Routen nach Europa drohen auch auf der östlichen Migrationsroute große Gefahren.

So war das Jahr 2025 das tödlichste seit Beginn der Aufzeichnungen. Mindestens 922 Menschen, fast doppelt so viele wie im Vorjahr, sind laut einem im März veröffentlichten Bericht der IOM gestorben. Nicht nur die oft in überfüllten Booten vorgenommene Fahrt über das Rote Meer birgt unkalkulierbare Risiken. Bereits vor der Küste bedrohen Hunger, Durst und Krankheit das Leben vieler Migranten. Auch Gewalt durch Schlepper, bewaffnete Gruppen und staatliche Sicherheitskräfte ist an der Tagesordnung. So war laut der IOM im letzten Quartal des Jahres 2025 Gewalt die Haupttodesursache auf der östlichen Migrationsroute.

Für das Jahr 2025 bezifferte die IOM die Zahl der ermittelten verstorbenen oder verschollenen Migranten und Geflüchteten weltweit mit 7.667, wobei die

Mittelmeerroute mit mehr als 2.000 Toten und Verschollenen auch weiterhin als tödlichste Passage geführt wird. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die tatsächlichen Todeszahlen auf der östlichen Route weitaus höher liegen. Anders als im Mittelmeer gibt es keine flächendeckende Beobachtung durch nichtstaatliche Stellen. Instabile staatliche Strukturen, aber auch anhaltende Konflikte wie der Bürgerkrieg im Jemen machen die Situation zusätzlich unübersichtlicher. Selbst gravierende Gewaltanwendung bleibt so oft im Dunkeln.

Bereits im August 2023 hatte die – tendenziell antikommunistische – Organisation Human Rights Watch (HRW) mit Sitz in New York von über 100 äthiopischen Migranten berichtet, welche an der jemenitisch-saudischen Grenze durch saudiarabische Grenzschrützer getötet worden sein sollten. Laut Augenzeugenberichten von Überlebenden sollen die Grenztruppen nicht nur zahlreiche Menschen aus nächster Nähe erschossen, sondern sogar leichte Artillerie wie Mörsergranaten gegen unbewaffnete Gruppen von Migranten eingesetzt haben, welche gerade erst aus saudiarabischem Gewahrsam entlassen wurden und versuchten, zurück in den Jemen zu fliehen. Das saudische Königshaus wies die Anschuldigungen seitens HRW als haltlos zurück.

Doch auch wer es nach Saudi-Arabien schafft, hat keine Garantie auf einen langen Aufenthalt. Allein für das Jahr 2025 registrierte die IOM über 95.100 Deportationen nach Äthiopien. In Saudi-Arabien ist die Arbeitsmigration wie in vielen anderen der Golfstaaten auch durch das »Kafala-System« reguliert. Wer Arbeitserlaubnis und Aufenthaltstitel möchte, ist auf einen einheimischen Bürgen (kafeel) angewiesen. In der Praxis bedeutet das, dass die Migranten auf Gedeih und Verderb von der Gnade ihres Bürgens abhängig sind. Wer spürt und entsprechend arbeitet, darf bleiben. Wer sich nicht fügt, dem drohen Haft und die Abschiebung zurück ins Elend. Den Angestellten wird eine freie Jobwahl verwehrt, und zumeist kontrollieren die Bosse alle Aspekte des Privatlebens. Sie stellen auch die Unterkunft für die Arbeiter. Menschenrechtsorganisationen kritisieren seit Jahren das System, welches Verhältnisse zur Folge hat, die nah an klassische Sklaverei reichen. Der saudischen Volkszählung von 2022 zufolge lebten insgesamt 13,4 Millionen Arbeitsmigranten in dem arabischen Königreich und machten damit 42 Prozent der Bevölkerung des Landes aus.

Trotz der immensen Gefahren ist kein Abbruch der Migrationsbewegungen am Horn von Afrika zu verzeichnen. Für viele ist der Weg auf die arabische Halbinsel die einzige wirtschaftliche Aufstiegsperspektive. Viele Familien in den Herkunftsländern sind abhängig von den Zahlungen von Familienmitgliedern im Ausland. Dabei arbeitet der größte Teil der afrikanischen Arbeiter in den Niedriglohnsektoren Saudi-Arabiens, vor allem im Bau- und Reinigungsgewerbe oder aber als Hauskräfte bei Privatleuten. Megaprojekte wie die im Rahmen der »Vision 2030« vorgestellte Planstadt »Neom« halten die Nachfrage nach billigen und flexibel verfügbaren Arbeitskräften auf dem saudiarabischen Markt konstant hoch. Die illegalisierte Migration bietet dabei ein weitgehend unreguliertes Reservoir an billig zu erwerbender Arbeitskraft und bleibt damit nicht nur für die Menschenhändler ein äußerst lukratives Geschäft.

2024 hatte ein verdeckt gefilmter Dokumentarfilm des britischen Fernsehsenders *ITV* von den miserablen Arbeitsbedingungen in den Wüstenprojekten berichtet. Laut Schilderungen der Arbeiter seien 16-Stunden-Tage die Regel. Arbeitsschutzmaßnahmen seien dagegen praktisch nicht vorhanden. Ein großer Teil der Arbeiter stammt dabei nicht aus Ostafrika, sondern aus südasiatischen Ländern. Im März 2024 berichtete die Zeitung *The Guardian* unter Berufung auf Zahlen der Regierung Bangladeschs, dass allein im Jahr 2022 1.502 Arbeitsmigranten aus Bangladesch in Saudi-Arabien gestorben waren. Eine Todesrate von mehr als vier pro Tag. Die Sterbeurkunden verzeichnen laut den offiziellen Statistiken zumeist natürliche Todesursachen wie Herz- oder Atemstillstände. Seit Jahren wird kritisiert, dass bei Todesfällen von Migranten die dahinterliegenden Ursachen wie systematische Überarbeitung oder Überhitzung nicht ermittelt werden.

Die für 2034 in Saudi-Arabien geplante FIFA-Fußballweltmeisterschaft könnte als weiterer Katalysator im System aus Migration und entgrenzter Ausbeutung wirken. Saudi-Arabien hat sich bis zur Austragung des Turniers zumindest erhebliche Bauunternehmungen vorgenommen. Darunter elf neue und sanierte Stadien, aber auch 185.000 neue Hotelzimmer sowie ein Ausbau der Flughäfen und des Transportnetzes. Angesichts der Lage der Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien, aber auch des Referenzfalls der WM in Katar im Jahr 2022 warnen Menschenrechtsorganisationen wie HRW vor einer weiteren Verschärfung der Ausbeutung von Arbeitsmigranten. Laut Angaben von Hassan Al-Thawadi, Generalsekretär des Organisationskomitees der Fußball-WM in Katar, gegenüber dem britischen Fernsehmoderator Piers Morgan, sollen allein bei den Bauarbeiten zur WM zwischen 400 und 500 Arbeitsmigranten gestorben sein.

Das Ausmaß der Migration in die Golfstaaten dürfte weder durch Risiken auf der Route dorthin noch durch die schrecklichen Arbeitsbedingungen vor Ort auf absehbare Zeit zurückgehen. Solange Armut und Perspektivlosigkeit die Situation in den Herkunftsländern bestimmen und die strukturelle Nachfrage nach billigen Arbeitskräften weiter steigt, ist viel eher davon auszugehen, dass auch im Jahr 2026 der Strom von Menschen von Süd nach Nord nicht abreißen wird. Allein im Januar dieses Jahres wurden laut IOM bereits mindestens 21.000 Neuankünfte im Jemen verzeichnet. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/520817>